

Für eine demokratische und weltoffene Landeshauptstadt Schwerin

Als Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwerin verbindet uns bei allem Trennenden die Sorge um Wohlergehen, Würde und Freiheit unserer Mitmenschen. Wir sehen eine gute Zukunft in einem demokratisch, sozial und nachhaltig organisierten Gemeinwesen. Wir wollen die mit der Wende gewonnene Freiheit und Demokratie weiterentwickeln und denen ein Angebot machen, die sich nach enttäuschenden Erfahrungen von der Demokratie abwenden.

Wir sind überzeugt: Die Zukunft des Zusammenlebens in der Landeshauptstadt Schwerin liegt im aktiven Gestalten aller Einwohnerrinnen und Einwohner. Jeder Mitmensch hat das Recht, geachtet, wertgeschätzt und gehört zu werden, seine Würde und Freiheit gewahrt zu wissen.

Manche schlagen einfach klingende Lösungen für komplizierte Probleme vor und halten neofaschistische Denkweisen für harmlos. Dabei wird übersehen, dass Demokratie täglich erstritten werden muss und dass Intoleranz, Rassismus, Hass und Gewaltbereitschaft kein einziges Problem lösen, keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen.

Im Gegenteil: Politischer Extremismus und Neofaschismus in allen offenen oder verhüllten Erscheinungsformen vergiftet das Klima des Zusammenlebens und schreckt Gäste wie auch Investoren ab.

Vor allem aber kommt es auf den Schutz der Würde eines jeden Menschen an.

„Das christlich-humanistische Menschenbild gibt eine Wertorientierung, in der jeder Mensch als gleichwertig und gleichrangig anerkannt wird.“¹ Es lehnt eine unterschiedliche Wertigkeit des Menschen aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Einkommen, Nationalität, Religion, Hautfarbe oder einer körperlichen oder geistigen Behinderung ab. Dieses Menschenbild beruht auf den Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit, der Gerechtigkeit, der Verantwortung und der Gemeinwohlorientierung des Menschen. Es ist die Grundlage des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates.

Wir treten gemeinsam dafür ein, dass in unserem demokratischen Miteinander für echte Beteiligung und Transparenz gesorgt wird. In diesem Sinne werben wir dafür, die Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung über die Geschicke unserer Stadt, die unser Rechtsstaat bietet, z.B. als Mitglied von Kommunalvertretungen, als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen, in Vereinen und Verbänden, in den Freiwilligen Feuerwehren aktiv zu nutzen.

Alle Akteure, die in Familie, Kinderbetreuung, Schule, Sozialarbeit, Verwaltung, Verbänden und Vereinen eine indirekte oder direkte pädagogische Verantwortung wahrnehmen, verdienen unsere volle Anerkennung. Wir unterstützen sie insbesondere darin, die Werte und Ziele einer demokratischen Lebensform überzeugend persönlich zu vertreten.

Wir wissen, dass eine sachliche Streitkultur hilft, unterschiedliche Interessen auszubalancieren und vom Mitreden jedes einzelnen Menschen lebt. Gewalt lehnen wir konsequent ab. Dort, wo es nicht gelingt, Gewaltausbrüche zu verhindern, müssen die demokratisch legitimierten Institutionen die Täter konsequent verfolgen und zügig bestrafen. Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen gesicherte Lebensverhältnisse ermöglicht und ausgebaut werden.

¹ Landesprogramm für Toleranz und Demokratie 2006. Beschluss des Landtages M-V

Wir sind sicher, dass sich in unserer lebendigen Demokratie die Lebensbedingungen Schritt für Schritt verbessern werden.

Wir rufen alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2009 auf, distanzieren Sie sich von rassistischem, menschenfeindlichem und demokratiefeindlichem Gedankengut. Mit Neonazis können und wollen wir nicht zusammenarbeiten.

Die Parteien und Wählergemeinschaften sowie die Ratsfraktionen in der Landeshauptstadt Schwerin rufen alle Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Unternehmen, Kammern, Schulen, Kultureinrichtungen und Medien dazu auf, sich diesem Aufruf anzuschließen.

Miteinander statt Gegeneinander.
Einbeziehung statt Ausgrenzung.
Mitmachen statt Abwarten.
Demokratie lebenswert gestalten.

Schwerin, den 27. Januar 2009

Bündnis 90/Die Grünen

CDU

Die Linke

FDP

SPD

Unabhängige Bürger

VVN/BdA